



Der Vorsitzende des
Ausschusses für Umwelt, Energie und
Sauberkeit
der Stadtverordnetenversammlung
Amt der Stadtverordnetenversammlung
E-mail: stadtverordnetenversammlung@wiesbaden.de
Rathaus-Schloßplatz 6-65183 Wiesbaden
Telefon (0611) 31-3314
Telefax (0611) 31-3902
Sachbearbeiter: Angelika Paa

Wiesbaden, 19.09.2013

1. Den Mitgliedern des
Ausschusses für Umwelt, Energie und Sauberkeit
2. Den Fraktionen
3. Dem Magistrat
4. Nachrichtlich
Herrn Stadtverordnetenvorsteher

Einladung

zur öffentlichen Sitzung
des Ausschusses für Umwelt, Energie und Sauberkeit
am Dienstag, 24. September 2013, um 17:00 Uhr,
Rathaus, Raum 22 (EG), Schloßplatz 6, Wiesbaden

- Vor Eintritt in die Tagesordnung findet eine Bürgerfragestunde statt -

Tagesordnung I

1. Genehmigung der Niederschrift vom 27.08.2013

2. **13-F-03-0068**

Biodiversität auf städtischen Landwirtschaftsflächen
Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 11.06.2013
Beschluss des Ausschusses für Umwelt, Energie und Sauberkeit Nr. 0115 vom 18.06.2013

Zu diesem Tagesordnungspunkt sind Herr Dommersmuth und Frau Hinrichs (Stadt Frankfurt, Umweltamt) anwesend

ANLAGE

3. 13-F-03-0105

Kommunale Energiewende jetzt - Strukturen optimieren und Beratung ausbauen
Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 17.09.2013

Zur Erreichung der kommunalen Klimaschutzziele muss der Verbrauch von Wärme und Strom in öffentlichen Gebäuden und Einrichtungen, in Unternehmen und in den privaten Haushalten im Rahmen einer Effizienzoffensive weiter reduziert werden. Das kann nur gelingen, wenn alle relevanten Akteure von der Notwendigkeit der Energiewende überzeugt werden und wenn konkrete Handlungsmöglichkeiten aufgezeigt und unterstützt werden. Hierzu ist es erforderlich, die Strukturen innerhalb der Verwaltung ebenso zu optimieren wie die Beratungs- und Förderangebote für Betriebe und Privatpersonen.

In allen städtischen Liegenschaften sind jeweils geeignete Energiesparmaßnahmen wirkungsvoll und dauerhaft umzusetzen. Zur effizienten Bündelung der bestehenden Aktivitäten und zur Umsetzung der verschiedenen Maßnahmen in allen kommunalen Bereichen ist eine federführende und ämterübergreifende Organisationseinheit erforderlich.

Die Beratung von Gewerbetreibenden und Firmen als unverzichtbare Partner der kommunalen Energiewende durch die Klimaschutzagentur (KSA) sollte ausgeweitet werden. Hierzu muss eine entsprechende personelle Aufstockung der KSA erfolgen.

Wiesbadens Bürgerinnen und Bürger müssen für die Energiewende begeistert werden. Um die vorhandenen Energieberatungsangebote effizienter zu gestalten und vor allem prominenter in der Stadt zu verankern, sollten Klimaschutzagentur, Umweltladen und Verbraucherzentrale an einem zentralen Ort in der Innenstadt zusammengeführt werden. Hierzu bietet sich z. B. die Mauritiusgalerie an.

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Magistrat wird beauftragt, die kommunalen Strukturen im Bereich Klimaschutz und Energieeinsparung auszubauen und zu optimieren, indem er

1. eine verwaltungsinterne übergeordnete Organisationseinheit zur Umsetzung von Energiesparmaßnahmen in den städtischen Liegenschaften installiert,
2. die Klimaschutzagentur personell aufstockt, um eine Ausweitung ihrer unabhängigen Beratungstätigkeit zu ermöglichen,
3. die bestehenden Einrichtungen zur Energieberatung (Umweltladen, Klimaschutzagentur, Verbrauchberatung) räumlich an einem attraktiven Ort in der Innenstadt wie z. B. der Mauritiusgalerie zusammenfasst.

4. 13-F-08-0069

Sachstand Umweltzone
Antrag der Fraktion LINKE&PIRATEN vom 18.09.2013

Vor ca. einem halben Jahr hat Wiesbaden die Umweltzone eingeführt. Nach sechs Monaten Laufzeit möchten wir gerne erfahren, ob sich dieses Mittel bewährt hat im Kampf gegen Emissionen aus dem Straßenverkehr.

Der Ausschuss für Umwelt, Energie und Sauberkeit möge daher beschließen:

Der Magistrat wird gebeten zu berichten:

- Welche Auswirkungen hat die Umweltzone auf die Luftbelastung in Wiesbaden?

- Falls nennenswerte Luftverbesserungen erreicht werden konnten, welche Emissionen sind besonders auffällig?
- Gibt es Gebiete, in denen die Umweltzone zu besonders starken Senkungen der Schadstoffbelastung geführt hat? Wie stark sind die Werte dort gesunken, und um welche Schadstoffe handelt es sich genau?

5. 13-F-33-0076

Fertigstellung Tierfriedhof

Antrag der Fraktionen von CDU und SPD vom 18.09.2013

Mit Beschluss der StVV vom 01.09.2011 (Sitzungsvorlage 11-V-67-0002/ Beschluss 0310) wurde die Einrichtung eines Tierfriedhofs in Wiesbaden beauftragt.

Wie der Presseberichterstattung, (insb. FR vom 5.9.2013 "Kein Weg zum Tierfriedhof") zu entnehmen war, gibt es vor der Einrichtung noch verschiedene Maßnahmen zu treffen.

Der Magistrat wird gebeten zu berichten,

- ob und ggf. welche Hindernisse der Eröffnung des Tierfriedhofes entgegenstehen? Insbesondere, für welche Maßnahmen ein Bauantrag für den Tierfriedhof tatsächlich erforderlich ist.
- welche Möglichkeiten der Magistrat anstrebt, um den zu Ziffer 1 berichteten Hindernissen entgegenzuwirken.
- ob eine Realisierung mit dem Tierschutzverein noch für möglich erachtet wird und wenn nein, ob evtl. weitere Interessenten für den Betrieb eines Tierfriedhofs bekannt sind / Kontakte bestehen?
- falls 3. negativ, wird gebeten, zeitnah ein alternatives Konzept erarbeiten, mit dem der Beschluss (SV) dennoch umgesetzt werden kann.

ANLAGE

6. 13-F-03-0104

Auswirkungen des VGH-Urteils zur Südumfliegung

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 17.09.2013

Mit Urteil von 3. September 2013 hat der Hessische Verwaltungsgerichtshof (VGH) die Festlegung der Südumfliegung des Flughafens Frankfurt als rechtswidrig erklärt. Dieses Urteil könnte die Rückkehr zu Starts auf der Tabum-Route bedeuten. Dies hätte eine erhebliche Steigerung der Fluglärmbelastung für Wiesbaden zur Folge.

Eine Rückkehr zur Tabum-Route widerspricht den bisherigen Festlegungen. Nach Einschätzung von Experten kann nicht zur Tabum-Route zurückgekehrt werden, da durch die neue Landebahn Nordwest das Kollisionsrisiko aufgrund durchstartender Maschinen gestiegen ist. Daher muss die Genehmigung der Tabum-Route einer erneuten Risikobewertung unterzogen werden. Das geht nur im Rahmen einer Klage.

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Magistrat wird beauftragt,

1. zu prüfen, ob bereits zum jetzigen Zeitpunkt mehr Abflüge über Tabum erfolgen.
2. zu berichten, wie er die Folgen durch das VGH-Urteil auf die Flugroutenverteilung und den Fluglärm über Wiesbaden einschätzt.
3. gegen die Genehmigung von Routen zu klagen, die die Sicherheit der Bevölkerung gefährden und die Lärmbelastung über Wiesbaden erhöhen.
4. zu berichten, ob Klagen der Stadt Wiesbaden in Bezug auf den Flughafen Frankfurt anhängig sind.

7. 13-F-33-0078

Auswirkungen des VGH Urteils zur sog. „Südumfliegung“
Antrag der Fraktionen von CDU und SPD vom 18.09.2013

Der hessische Verwaltungsgerichtshof hat in seinem Urteil zur sogenannten „Südumfliegung“ die bisherige Variante für rechtswidrig erklärt. Dies könnte für die Landeshauptstadt Wiesbaden und benachbarte Kommunen höhere Fluglärmbelastungen zur Folge haben. Beim damaligen Vorschlag dieser Route an das Bundesamt für Flugaufsicht hatte die DFS neben der als absolut gesetzten Sicherheit auch dem Lärmschutz einen gewissen Vorrang vor der Kapazität des Flughafens eingeräumt, was auch ein Erfolg der Frankfurter Lärmschutzkommission war. Das aktuelle Urteil des Gerichtes in Kassel könnte hier eine Neueinschätzung nahelegen. Zwar ist das Urteil noch nicht rechtskräftig, sollte dies jedoch eintreten, wird erneut über Flugroutenvarianten, Lärmschutz und Sicherheitsaspekte zu verhandeln sein.

Der Ausschuss möge deshalb beschließen:

Der Magistrat wird gebeten,

- zu prüfen und dem Ausschuss zu berichten, welche Konsequenzen sich aus dem Urteil für die Landeshauptstadt Wiesbaden ergeben.
- sich auch weiterhin nach besten Kräften für eine Fluglärmreduzierung der Wiesbadener Bevölkerung in den dafür vorgesehenen Kommissionen und Gremien einzusetzen.

8. 12-F-33-0107

Risikoanalyse Überflug Industriepark InfraServ
Beschluss des Ausschusses für Umwelt, Energie und Sauberkeit Nr. 0167 vom 18.08.2012
Bericht des Magistrats

ANLAGE

9. 13-F-08-0072

Attraktivitätssteigerung des ÖPNV trägt zum Umweltschutz bei
Antrag der Fraktion LINKE&PIRATEN vom 18.09.2013

Auf dem Verkehrswendefest wurden viele Ideen zusammengetragen, die den ÖPNV attraktiver machen sollen. Ziel muss sein, mehr Menschen zum Umsteigen vom eigenen Auto auf den ÖPNV zu bewegen.

Viele dieser Ideen sind es Wert, sich intensiver damit zu beschäftigen und sie auf ihre Tauglichkeit hin zu überprüfen.

Der Ausschuss für Umwelt, Energie und Sauberkeit möge daher beschließen:

Der Magistrat wird gebeten zu prüfen:

- Ob bei Neuanschaffung oder Ersatzbeschaffungen von Fahrzeugen verstärkt auf ansprechendes Design geachtet werden könnte, und falls ja, ob dies große Auswirkungen auf den Anschaffungspreis dieser Fahrzeuge hätte.
- In welchem Maße Linienführungen (Nadelöhr Stadt, Schnellbusse zu oder Direktverbindungen zwischen äußeren Stadtteilen, Ringverbindungen als schnelle Umstiegsmöglichkeit zwischen den sternförmig verlaufenden Busnetzen, Taktung von Bussen mit ähnlicher Streckenführung in der Innenstadt, etc.) optimiert werden können um Fahrtzeiten zu verkürzen.
- Welche weiteren Anreize Gästen der Stadt oder Nutzer städtischer Einrichtungen oder Attraktionen zum Kauf von ÖPNV Tickets gegeben werden können (Thermine inklusive Busticket, Schwimmbad inklusive Busticket, Nerobergbahn inklusive Busticket, etc.)
- Welche finanziellen Einbußen hinzunehmen wären, würde die ESWE auf Werbung auf den Fenstern der Busse verzichten.
- Ob der Einsatz von Minibussen in Zeiten geringerer Nachfrage energieeffizienter wäre oder damit schlechter frequentierte Strecken bedient oder neu erschlossen werden könnten.
- Ob das Nachtbusangebot ausgebaut werden könnte.
- Welche Auswirkungen das Reservieren einer Fahrspur zum Beispiel auf mehrspurigen Straßen wie dem 2. Ring ausschließlich für Busse und Fahrräder auf den Autoverkehr hätte.

10. 13-F-33-0077

Sachstandsbericht zum Förderprogramm „Energieeffizientes Sanieren“
Antrag der Fraktionen von CDU und SPD vom 18.09.2013

Die Stadtverordnetenversammlung hat in ihrer Sitzung vom 32. Mai 2013 den Richtlinie zum Förderprogramm „Energieeffizientes Sanieren“ für die Landeshauptstadt Wiesbaden zugestimmt und 300.000 Euro für die Umsetzung freigegeben.

Der Ausschuss möge deshalb beschließen:

Der Magistrat wird gebeten zu berichten,

- ob das Programm seitens der Bürgerinnen und Bürger auf die mit dem Förderprogramm verbundene Akzeptanz stößt.
- inwiefern die eingestellten Mittel bereits beantragt, abgerufen bzw. verausgabt wurden.

11. 12-F-03-0022

Förderprogramme erneuerbare Energien und innovative Effizienztechnologien
Beschluss des Ausschusses für Umwelt, Energie und Sauberkeit Nr. 0042 vom 06.03.2012

ANLAGE-->Bericht

12. 12-F-03-0165

Aufnahme des Punktes „Umweltauswirkungen“ in den Sitzungsvorlagen
Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 27.11.2012
Beschluss des Ausschusses für Umwelt, Energie und Sauberkeit Nr. 0220 vom 04.12.2012

ANLAGE -->Bericht

13. 13-V-61-0029

DL 43/13

Liegenschaftsanforderung der US-Streitkräfte ID Nr. 3983 - Wiesbaden - Erbenheim

Der Magistrat berät hierzu in seiner Sitzung am 24.09.2013

14. 13-V-61-0036

DL 42/13-10

Bebauungsplan "Setzling" im Ortsbezirk Erbenheim
- Beschluss über die Aufstellung und die öffentliche Auslegung -

15. Verschiedenes

Tagesordnung II

1. 13-F-08-0045

Verwendung von Polystyrol als Dämmstoff
Beschluss des Ausschusses für Umwelt, Energie und Sauberkeit Nr. 0116 vom 18.06.2013

ANLAGE-->Bericht

2. 13-F-33-0053

Neues Gaststättengesetz
Beschluss des Ausschusses für Umwelt, Energie und Sauberkeit Nr. 0114 vom 18.06.2013

ANLAGE --> Bericht

3. 13-V-70-0002

DL 42/13-12

Bestellung des Wirtschaftsprüfers für die Entsorgungsbetriebe der Landeshauptstadt Wiesbaden für das Wirtschaftsjahr 2013

4. **13-V-70-0004** **DL 42/13-14**

Jahresabschluss 2012 der ELW - Feststellung des Jahresabschlusses; Ergebnisverwendung

5. **13-V-70-0006** **DL 42/13-15**

Wirtschaftsplan 2014/2015 und Mittelfristplanung 2016/2017 der Entsorgungsbetriebe der Landeshauptstadt Wiesbaden

6. **13-V-36-0019** **DL 43/13 NÖ**

Niederschrift über eine nicht-öffentliche Sitzung des Naturschutzbeirates

7. **13-F-03-0089**

Auswirkungen des Schienenverkehrslärms in Wiesbaden
Beschluss des Ausschusses für Umwelt, Energie und Sauberkeit Nr. 0147 vom 27.8.2013
hier: Nachreichung des schriftlichen Berichts

ANLAGE-->Bericht

8. **13-V-07-0054** **DL 42/13-1**

Bericht Runder Tisch Sauberkeit

Falls ein Ausschussmitglied an der Teilnahme verhindert sein sollte, wird um Weitergabe der Einladung gemäß § 62 HGO gebeten.

Im Anschluss an die öffentliche Sitzung tagt der Ausschuss nicht öffentlich, falls Tagesordnungspunkte zur Beratung und Beschlussfassung in nicht öffentlicher Sitzung vorgesehen werden.

Maritzen
Vorsitzender